

Luzern

„Sicherheit“ versus „Willkür“

Luzerner Kantonalverband des Schweizerischen Katholischen Frauenbunds SKF

Ja oder Nein zur Selbstbestimmungsinitiative? Über diese Frage wurde am Podium des SKF Luzern vom Dienstagabend heftig gestritten. Die Befürworterinnen sagten, die Initiative stärke unsere Demokratie. Die Gegnerinnen befürchteten Willkür und Unsicherheit.

Astrid Bossert Meier (boa.)

Die vier Podiumsteilnehmerinnen schenkten sich nichts. Yvette Estermann (Nationalrätin SVP) und Vroni Thalmann (Kantonsrätin SVP) kämpften für ein Ja zur Selbstbestimmungsinitiative, über welche wir am 25. November entscheiden. Andrea Gmür (Nationalrätin CVP) und Andrea Huber (Schutzfaktor M, der Allianz der Zivilgesellschaft gegen die Selbstbestimmungsinitiative) argumentierten dagegen. Organisiert wurde das Podium vom Luzerner Kantonalverband des Schweizerischen Katholischen Frauenbunds SKF. Rund 70 Gäste nahmen an der Veranstaltung im Luzerner Kantonsratssaal teil.

Humanitäre Tradition

„Das Erfolgsrezept der Schweiz ist unsere gute Bundesverfassung“, sagte Yvette Estermann. Dank der SVP-Initiative soll die Verfassung Vorrang gegenüber internationalem Recht erhalten. Das sei gut für die Demokratie und auch gut für die Wirtschaft: „Ausländische Firmen investieren in der Schweiz, weil wir nicht in der EU sind und weil bei uns Rechtssicherheit herrscht.“ Da war ihre Nationalratskollegin Andrea Gmür ganz anderer Meinung: „Ja, die ausländischen Firmen investieren heute in der Schweiz. Doch die Annahme der Initiative würde Willkür und Unsicherheit bringen.“ Abgesehen davon stellte sich Andrea Gmür hinter die humanitäre Tradition der Schweiz, wo Menschenrechte hochgehalten würden. Ein Ja zur Initiative wäre ein schlechtes Zeichen.

Wichtige Menschenrechte

Die Frage der Menschenrechte sorgte immer wieder für Zündstoff in der Diskussion. Andrea Huber von „Schutzfaktor M“ ist überzeugt, dass die Schweiz durch die Ratifizierung der Europäischen Menschenrechtskonvention EMRK im Jahr 1974 richtig gehandelt habe. Direkte Demokratie sei gut, aber die Grundrechte – auch jene von Minderheiten – müssten immer geschützt sein. Somit sei die EMRK „wie eine Rechtsschutzversicherung“. Ganz anders beurteilte Vroni Thalmann die Arbeit des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Strassburg. Dort werde die Schweizer Demokratie „ausgehobelt“. Sie wolle nicht, dass in Europa Regeln bestimmt würden, welche wir „nur noch absegnen können“.

Demokratie in Gefahr

„Was sind Ihre besten Argumente?“, wollte Podiumsleiterin Claudia Sedioli Maritz abschliessend wissen. Die Befürworterinnen erklärten nochmals eindringlich, dass mit einem Ja die direkte Demokratie geschützt werde und die Schweiz verlässlich bleibe. Die Gegnerinnen hingegen bezeichneten die Initiative als gefährlichen Etikettenschwindel. Ein Ja würde unsere Rechte beschneiden und die Schweiz isolieren.

SKF sagt Nein

Nach der Podiumsdiskussion bedankte sich SKF-Kantonalpräsidentin Daniela Merkel für die engagierten Voten. Es sei wichtig, dass der SKF bei politischen Themen mitrede. Deshalb habe der Kantonalverband diese Veranstaltung zu einem brisanten und hochaktuellen Thema organisiert. Die Haltung des Schweizerischen Katholischen Frauenbunds bezüglich Selbstbestimmungsinitiative sei klar, so Daniela Merkel: „Der SKF ist Mitglied von Alliance F, dem Bund Schweizerischer Frauenorganisationen, und stellt sich dezidiert gegen die Initiative.“ Beim anschliessenden Apéro, offeriert von der UBS Switzerland AG, wurde die Diskussion angeregt weitergeführt.

Kandidieren Sie!

Vor der Podiumsdiskussion begrüsst Kantonsratspräsidentin Hildegard Meier-Schöpfer die Gäste in „ihrem“ Kantonsratssaal. Sie machte darauf aufmerksam, dass dort, wo die Podiumsteilnehmerinnen sassen, derzeit nur Männer sitzen würden, nämlich die fünf Luzerner Regierungsräte. „Ich finde aber, die Frauen machen sich hier sehr gut“, so Hildegard Meier. Sie motivierte die Anwesenden, politisch aktiv zu sein. „Jetzt ist der Moment, für den Kantonsrat zu kandidieren. Am 31. März wird gewählt.“ Diese Aufforderung wiederholten CVP-Kantonsrätin Claudia Bernasconi und SP-Grossstadträtin Maria Pilotto, welche das überparteiliche Netzwerk frauen-luzern-politik.ch vorstellten. „25 Prozent Frauen im Kantonsrat sind nicht genug“, so ihre Kernbotschaft. Die 135 000 wahlberechtigten Frauen im Kanton Luzern hätten es in der Hand, dies zu ändern.
boa.



Bildlegende:

Die Selbstbestimmungsinitiative der SVP sorgte am SKF-Podium im Kantonsratssaal für engagierte Voten.

Foto

Astrid Bossert Meier (boa.)